

Es ist kurz vor 12 – Bloß keinen der Staat muss ran Aktionismus

GUSTAV HORN | DÜSSELDORF

Die Zeit drängt. Es wird immer deutlicher, dass die Weltwirtschaft sich nicht nur in einer Krise der Finanzmärkte befindet, sondern auch in einen globalen Konjunkturabschwung oder dass sie gar in eine globale Rezession gleitet.

Besonders gefährlich ist, dass sich beide Krisen zu einer Abwärtsspirale verstärken: Die Finanzmarktkrise lässt Banken Kredite restriktiver vergeben; das schädigt vor allem investierende Unternehmen und damit die Konjunktur. Eine Wachstumskrise schwächt wiederum die Bonität der Schuldner; das hat negative Folgen für das Bankensystem.

Dieser Teufelskreis muss mit einer Doppelstrategie durchbrochen werden. Man muss sowohl das Finanzsystem stabilisieren, als auch die Konjunktur. Nur so lässt sich die Abwärtsspirale durchbrechen und in eine Aufwärtsbewegung umwandeln. Ersteres geschieht gerade, letzteres lässt auf sich warten.

Die Regierung behauptet zwar, sie habe schon etwas gegen die Konjunkturschwäche unternommen: Sie hat das Kindergeld erhöht. Außerdem werden die Arbeitslosenbeiträge gesenkt. Doch gleichzeitig steigen die Krankenkassenbeiträge in gleichem Umfang. Zudem sind die Beträge ohnehin viel zu gering, um einen spürbaren Konjunktur-Impuls setzen zu können.

Generell gilt: Das eingesetzte Geld sollte möglichst rasch und ohne Sickerverluste wirken. Am wirksamsten sind daher direkte Eingriffe in den Wirtschaftskreislauf

durch höhere Staatsausgaben. Deren vielfach befürchtetes Versickern wird grob überschätzt.

Alternativ könnten auch gezielte steuerliche Anreize für private Ausgaben gesetzt werden. Das teilweise Versickern dieser Impulse durch Importe könnte weitgehend verhindert werden, indem die Länder der Euro-Zone plus mindestens Großbritannien, gemeinsam agieren. Dazu könnten die europäischen Finanzminister im Ecofin einen Beschluss fassen, nachdem alle beteiligten Länder 2009 einen konjunkturellen Impuls von mindestens einem Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts setzen – für Deutschland wären das 25 Mrd. Euro. Alle Details obliegen den Ländern.

Deutschland sollte im Rahmen eines solchen Programms seine öffentlichen Investitionen deutlich erhöhen – vor allem im Bereich Bildung, Energiesparen, der Entwicklung alternativer Energien und kommunaler Infrastruktur. Darüber hinaus sollten höhere Steueranreize für private Ausgaben beschlossen werden, zeitlich begrenzt auf das kommende Jahr. Das könnten beispielsweise Handwerkerleistungen im Zusammenhang mit Energiesparmaßnahmen im privaten Wohnungsbau sein. Ferner wäre auch zeitlich auf 2009 begrenzte Wiedereinführung der degressiven Abschreibung möglich. Mit einer Mischung aus Staatsausgaben und Steueranreizen würde der Staat so einen kräftigen Impuls für eine gesteigerte private wirtschaftliche Aktivitäten geben und damit dem derzeit starken Abwärtstendenzen entgegen wirken.

PRO



GUSTAV HORN

Chef des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung

VOLKER WIELAND | FRANKFURT

„Und vergessen Sie nicht“, sagte der Architekt zum Bauherrn, „wenn Sie mit Ihrem Banker die Höhe des Darlehens festlegen, sollte es hoch genug sein, so dass noch ein neues Auto für Sie reinpasst.“ So ähnlich denken wohl auch diejenigen, die der Regierung empfehlen, die Neuverschuldung zur Deckung des Rettungspakets für unser Finanzsystem hoch genug anzusetzen – damit noch eine Konjunkturspritze hineinpasst. An Vorschlägen für neue Staatsausgaben, gezielte Subventionen oder Steuergeschenke für eine ausgewählte Klientel mangelt es nie. Und wenn sie auch noch die Konjunktur ankurbeln – wie kann man da Nein sagen?

Der Grund liegt auf der Hand: Es ist entscheidend, dass die Regierung ihre Ressourcen jetzt auf kluge, umsichtige und nachhaltige Weise genau dort einsetzt, wo sie gebraucht werden. Das heißt, direkt bei der Sicherstellung des Vertrauens in das Finanzsystem. Denn auch wenn der Stillstand der Interbankenmärkte in dieser Stärke für die meisten überraschend kam, ist es nicht neu, dass der Staat eine entscheidende Sicherungsrolle bei einem Ansturm der Anleger auf die Banken spielen muss. Gerade weil das Finanzsystem fragil ist, wenn alle Anleger ihre kurzfristig verfügbaren Einlagen, die von Banken langfristig weiterverliehen wurden, abziehen wollen, sind staatliche Maßnahmen in einer Vertrauenskrise notwendig.

Möglicherweise müssen noch weitere Schritte folgen, wie die zwangsweise Einlage von staatli-

chem Kapital bei Banken, wie in den USA und Großbritannien. Möglicherweise wird die EZB auch temporär den Interbankenmarkt komplett replizieren müssen, indem sie Einlagen der Banken zu unterschiedlichen Laufzeiten verzinst und ungesicherte Darlehen zu längeren Laufzeiten ausgibt, so dass der Kapitalfluss von den spendenden Bürgern zu den rentabel investierenden Unternehmen in der Realwirtschaft wieder frei fließen kann.

CONTRA



VOLKER WIELAND

Professor an der Universität Frankfurt für Geldtheorie und -politik

In diesen Fällen müssen die Regierungen mit weiteren Kosten für die Steuerzahler rechnen, und ihre eigene Glaubwürdigkeit für ein kostengünstiges Defizit pflegen. Daher sollte unsere Regierung nicht in kurzfristigen Aktionismus verfallen und Konjunkturspritzen vergeben, die wenig für die Konjunktur bringen. Längerfristig gefährden solche Aktionen die Glaubwürdigkeit einer nachhaltigen Finanz- und Budgetpolitik. Sie unterminieren das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, den Vertrauensverlust in die Banken auszugleichen.

Schlimm genug, wenn andere Staaten ihre Glaubwürdigkeit und Finanzierungsfähigkeit in dieser Krise verloren haben. Möglicherweise muss ihnen über Darlehen internationaler Organisationen geholfen werden. Deutschland sollte sich darauf konzentrieren, dass sein Finanzsystem seine Aufgabe wieder effektiv erfüllen kann. Längerfristig muss die Regierung für eine effektivere Umsetzung der Regulierungs- und Überwachungsmöglichkeiten sorgen und eine überlegte, wachstumsfreundliche Fiskalpolitik betreiben.